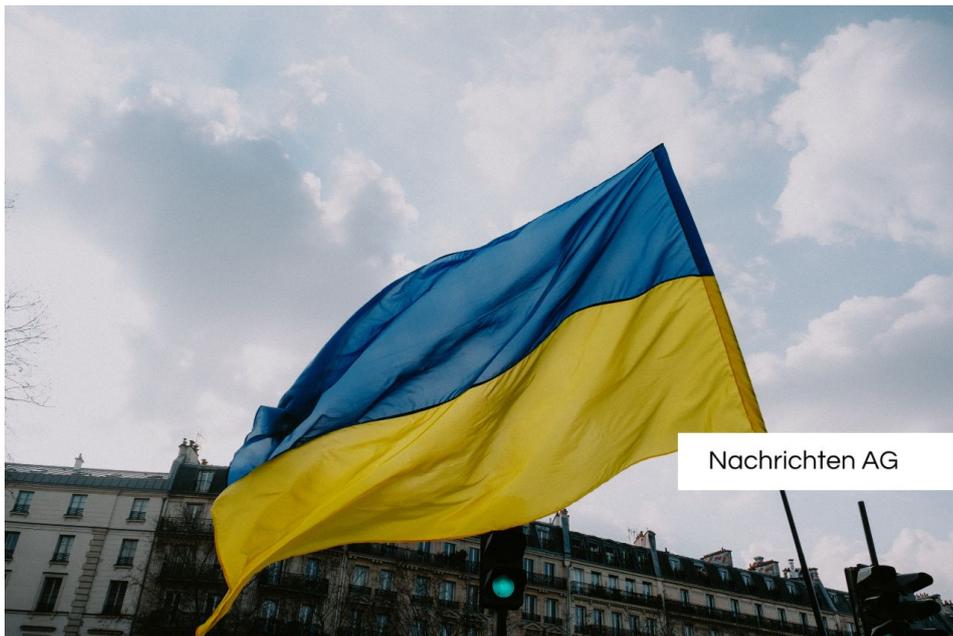


Eltern in Ungarn vor Haftstrafe: Neuer Entwurf zum Schutz von Jugendlichen!

Ungarn diskutiert neue Gesetze zu LGBTQI-Rechten. Eltern von trans Jugendlichen drohen Haftstrafen. EU-Staaten fordern Maßnahmen.



Ungarn - Am 16. Juni 2025 wird in Ungarn ein neuer Gesetzesentwurf diskutiert, der das Ziel hat, transidente Jugendliche zu schützen. Eltern, die medizinische Schritte in Bezug auf ihre Kinder ablehnen oder verzögern, könnten mit Haftstrafen belegt werden. Diese Regelung stößt auf heftige Kritik, da viele Experten dies als einen Eingriff in das Erziehungsrecht werten. Befürworter hingegen argumentieren, dass solch ein Gesetz notwendig sei, um Diskriminierung entgegenzuwirken. Die zentrale Frage bleibt: Wie weit darf der Staat in familiäre Entscheidungen eingreifen?

Viktor Orbán, der ungarische Ministerpräsident, steht erneut im Konflikt mit der Europäischen Union. Insbesondere in Bezug auf

die EU-Kommission, die sich mit der Unterstützung der Ukraine, der Migrationspolitik und der LGBTQ-Rechtslage beschäftigt, widersetzt sich Ungarn der europäischen Linie. Beobachter stellen die Frage, ob Orbáns Handlungen auf innenpolitisches Kalkül abzielen oder ob sie einen grundlegenden strategischen Umbruch innerhalb Europas darstellen könnten. Während dieser angespannten politischen Lage besucht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Wien, was Debatten über die Neutralität Österreichs und die politischen Konsequenzen der Solidarität mit der Ukraine auslöst.

EU fordert Maßnahmen gegen Ungarn

In der zwischenstaatlichen Debatte haben 20 EU-Mitgliedsländer, darunter Deutschland, die EU-Kommission zu energischen Maßnahmen gegen die ungarische Regierung aufgefordert. Diese Aufforderung basiert auf einer Reihe von Gesetzesänderungen in Ungarn, die die Rechte von LGBTQ-Menschen erheblich einschränken. Ihr Anliegen ist es, den Zustand der Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und des Datenschutzes zu sichern. Zu den konkreten Sorgen gehören Geldstrafen für Veranstalter von Pride-Demonstrationen und die Einführung einer automatisierten Gesichtserkennung bei solchen Events. Unterzeichnerländer haben in einer gemeinsamen Erklärung „tiefe Besorgnis“ über diese Entwicklungen geäußert.

Ein kürzlich im März 2025 verabschiedetes Dekret des ungarischen Parlaments gilt als Grundlage für mögliche zukünftige Verbote von Veranstaltungen wie der Budapester Pride-Parade. Das Dekret ergänzt das bestehende Versammlungsgesetz und besagt, dass Versammlungen nicht gegen das Kinderschutzgesetz verstoßen dürfen, was viele als einen versteckten Angriff auf LGBTQ-Veranstaltungen betrachten. Ungarns Europaminister Janos Boka hat diese Vorwürfe jedoch entschieden zurückgewiesen, indem er erklärt hat, dass kein offizielles Verbot existiere. Er hat seine Absicht bekundet, den EU-Kollegen die rechtlichen Grundlagen der ungarischen Gesetzgebung näher zu bringen, um ein

„nuancierteres Bild“ zu schaffen.

Wachsende Spannungen in der EU

Ungeachtet dieser Beteuerungen hat die neue Bundesregierung in Deutschland bereits einen Vorstoß hinsichtlich der Stimmrechte Ungarns auf EU-Ebene ins Auge gefasst. Europastaatsminister Günther Krichbaum (CDU) betont, dass die Geduld gegenüber den ungarischen Maßnahmen irgendwann enden müsse. Er unterstrich, dass Ungarns Regierung Prinzipien infrage stelle, die für den Zusammenhalt innerhalb der EU von essenzieller Bedeutung sind. Ein möglicher Entzug der Stimmrechte gemäß Artikel 7 des EU-Vertrags könnte in Betracht gezogen werden, sollte eine anhaltende Verletzung der rechtsstaatlichen Prinzipien festgestellt werden. Krichbaum stellt klar, dass dieser extremste Schritt zwar als letztes Mittel gesehen wird, jedoch auch keine Maßnahme unversucht bleiben soll.

Zusammenfassung: Die Entwicklungen in Ungarn stellen nicht nur eine Herausforderung für die dortige Gesellschaft dar, sondern bringen auch neue Spannungen innerhalb der Europäischen Union mit sich. Inmitten dieser politischen Auseinandersetzungen bleibt die Frage nach dem Schutz der Rechte von LGBTQ-Menschen und dem Erziehungsrecht der Eltern im Vordergrund.

| Details | |
|----------------|--|
| Vorfall | Gesetzgebung |
| Ort | Ungarn |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none">• exxpress.at• www.spiegel.de• www.dw.com |

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at